

Erklärung der Bäuerlichen Notgemeinschaft gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft:

Natürlich ohne Gentechnik!

An mehreren Standorten in unserer Region ist der Anbau der gentechnisch manipulierten Maissorte MON810 geplant – und an 2 Orten bereits zurück gezogen worden.

Diese vom amerikanischen Agro-Konzern Monsanto hergestellte Sorte ist umstritten. Einige Länder wie Frankreich, Österreich, Polen, Ungarn haben ein nationales Verbot oder Moratorium für diesen GVO-Mais. Der GVO-Mais produziert während der gesamten Wachstumsperiode in jeder Zelle ein Gift gegen Fressfeinde wie den Maiszünsler.

Wir sehen im Freiland-Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen mehr Gefahren als Vorteile.

1. Sorge um unsere heimische Umwelt

Wenn genmanipulierte Pflanzen und Tiere in die Natur gelangen, gibt es kein Zurück mehr. Niemand kann garantieren, dass es nicht zu einer Auskreuzung kommt, denn Wind, Bienen und andere Insekten tragen die Pollen veränderter Pflanzen weiter als die gesetzlichen festgelegten Mindestabstände. Durch die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen werden, laut Studien unabhängiger Wissenschaftler, in der freien und belebten Natur chemisch-biologische Prozesse angestoßen, deren Folgen derzeit völlig unabsehbar sind – ein gigantisches Freilandexperiment, das Frankensteinsche Folgen haben kann.

2. Vermarktungsprobleme

Viele Verbraucher haben Sorge, dass Lebensmittel, die mit Rohstoffen aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt sind, gesundheitsschädlich sein könnten. Wenn unsere Region nicht mehr das „gentechnik-frei“ für ihre Nahrungsmittel zusichern kann, wird dies ein entscheidender Vermarktungsnachteil sein – nicht nur für biologisch wirtschaftende, sondern genauso für die konventionellen Betriebe.

3. Abhängigkeit der Bauern vom Hersteller

Die vermeintlichen Produktionsvorteile für die Betriebe wiegen die Nachteile nicht auf. Dem niedrigeren Pestizideinsatz zu Beginn stehen zunehmende Resistenzen der Schädlinge und damit vermehrter Pestizideinsatz weit über das Ausgangsniveau hinaus gegenüber. Gleichzeitig kann der Hersteller des genmanipulierten Saatgutes, von dem die Anbauer sich abhängig machen müssen, die Preise für das Saatgut – und eventuell auch des dazugehörigen Pflanzenschutzmittels – nach Gutdünken festlegen. Die Erfahrungen mit dem Monsanto-Konzern zeigen, dass jedes Misstrauen gerechtfertigt ist.

4. Kein Mittel gegen den Hunger in der Welt

Aus den gleichen Gründen sehen wir in genmanipulierten Pflanzen keine Lösung für den Hunger in der Welt. Der ist in erster Linie ein Verteilungsproblem – und zunehmend auch ein Problem der Energieerzeugung durch Pflanzen. Gerade hier besteht die Gefahr, dass gentechnisch optimierte Energiepflanzen weltweit die Nahrungsmittelproduktion verdrängen.

5. Haftungsprobleme für die Anbauer genmanipulierter Pflanzen bei Auskreuzungen

Der Abstand beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen beträgt 150m zu konventionellen Flächen, bzw. 300m zu ökologisch bewirtschafteten Nachbarflächen. Bei Auskreuzung von z.B. MON810 auf umliegende Ackerflächen, kann laut Gesetz eine verschuldensunabhängige und gesamtschuldnerische Haftung angefordert werden. Garantiert wird eine solche Haftung aber erst ab 0,9% greifen. Darunter wird es den gerichtlichen Entscheidungen überlassen werden, ob der geschädigte Bauer einen Ausgleich bekommt. Solche Gerichtsverfahren dauern in der Regel Jahre und sind ggf. mit Gerichtskosten etc. verbunden. Zahlen muss der GVO-Anbauer. Der Saatguthersteller entzieht sich jeder Verantwortung und hinterläßt in unseren Dörfern einen irreparablen Flurschaden im biologischen Umfeld – und nicht zuletzt auch enorme Belastungen für die nachbarschaftlichen Beziehungen der Dorfbewohner.

Aus diesen Gründen protestieren wir gegen den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, auch bei so genannten Wertprüfungen. Die Risiken sind nicht abschätzbar. Mit Sicherheit aber werden dadurch alle die

landwirtschaftlichen Betriebe geschädigt, die dem Verbraucherwunsch nachkommen wollen und ihre Produkte als gentechnikfrei vermarkten wollen und müssen. Und das ist die weitaus größte Mehrheit.